

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 160, 1. SEPTEMBER 2014

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

der Bundestag ist anlässlich der Krisensituation im Nordirak und Syrien früher aus der Sommerpause zurückgekehrt und heute in Berlin zusammengekommen. Ich möchte Sie und Euch an der **Diskussion um die Humanitäre Hilfe und Waffenlieferungen an die Kurden in der Krisenregion Nordirak** beteiligen. Deswegen gibt es eine **Sonderausgabe** meines Berlin-Briefs.

Die Abwägung und Schlussfolgerung sind heute niemandem leichtgefallen. Ich habe **Respekt** vor jedem Abgeordnetenkollegen – egal wie er oder sie sich entschieden hat.

Auch ich war zunächst **skeptisch**. Es stellt sich mir die Frage, in wessen Hände die von uns gelieferten Waffen letztendlich gelangen. Wir liefern zunächst an die Irakische Regierung; diese beliefert die Kurdische Regionalregierung, welche ihrerseits die Kurdische Verteidigung ausrustet. Dies alles findet unter Beaufsichtigung durch unsere Kräfte vor Ort statt. Doch garantieren kann letztendlich niemand, dass die Waffen einzeln nicht auch in falsche Hände gelangen.

Allerdings dürfen wir nicht vergessen: Wir haben auch **humanitäre Verantwortung** zu tragen. Diese besteht nicht

**EIN AUSZUG AUS MEINEM
TERMINKALENDER – ICH
FREUE MICH, SIE ZU TREFFEN:**

Bürgersprechstunde

Mo, 15.9., 14 – 16:30 Uhr, Heilbronn, Bürgerbüro, Untere Neckarstraße 50, bitte vorherige Anmeldung unter josip.juratovic.wk@bundestag.de

Eröffnung Susanne-Finkbeiner-Schule

Mo, 15.9., 17 – 18 Uhr, Heilbronn, Bildungspark Heilbronn-Franken, Hans-Rießler-Straße 7

*P.S.: Berlin-Brief abonnieren?
Mail an josip.juratovic@bundestag.de!*

nur aus humanitärer Hilfe, sondern man muss auch sichere Räume schaffen, in denen es möglich ist, humanitäre Hilfe zu leisten. Dies geht leider nicht immer ohne bewaffnete Sicherheit.

Aus eigener Erfahrung wissend, was solche Situationen für unschuldige Menschen bedeuten und nachdem uns von der Bundesregierung versichert wurde, dass diese Waffenlieferung in ein Krisengebiet **kein Tabubruch**, sondern **eine Einzelentscheidung** ist, habe ich nach gründlichem Abwägen für den Entschließungsantrag der Regierungskoalition unter der Überschrift „[Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Irak und Kampf gegen die Terrororganisation IS](#)“ (siehe Anlage) gestimmt.

Unabhängig von der heutigen Entscheidung bin ich der Meinung, dass wir künftig bewaffnete Konflikte nur verhindern können, wenn wir verstärkt nach **politischen Lösungen** suchen. Internationale Mechanismen wie der **UN-Sicherheitsrat** müssen schnellstmöglich wieder funktionsfähig gemacht werden. Deshalb ist es wichtig, dass es in der Ukraine zum Waffenstillstand kommt. Nur dann kann in der Ukraine eine politische Lösung gefunden werden. Und nur unter dieser Bedingung können USA und Russland als ständige Vertreter im UN-Sicherheitsrat ihre Aufgaben wieder verantwortungsvoll übernehmen.

Politische Lösungen für Frieden und Sicherheit in Nordafrika, Osteuropa und dem Nahen Osten sind dringend notwendig, damit anstelle von Anarchie, Gewalt und Vertreibung wieder stabile Gesellschaften entstehen. Das sind wir den Menschen schuldig, die für unsere Werte bei uns und in der Welt stehen.

Ab nächster Woche erscheint mein Berlin-Brief wieder regelmäßig an jedem Freitag einer Bundestagssitzungswoche.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage

- Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin: „Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Irak und Kampf gegen die Terrororganisation IS“
- Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann: als Video bereits verfügbar unter <http://dbtg.tv/fvid/3816712>, das Protokoll folgt an gleicher Stelle.